



Hauptabteilung INT

Team Asien



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Politischer Bericht / Kurzbericht

Thema:

Ergebnisse der fünften Tagung des 10. Nationalen Volkskongresses

Autor:

Dr. Thilo Diefenbach

Ort/Datum:

Peking, 19.3.2007

Länder- / Regionalprogramm:

China

Einleitung

Vom 5. bis zum 16. März 2007 tagte der Nationale Volkskongress (NVK), laut Verfassung das oberste legislative Organ Chinas, in der Hauptstadt Peking. Der NVK findet einmal im Jahr statt und versammelt dafür knapp 3000 Delegierte aus allen Teilen des Landes. Seine Aufgabe besteht im Wesentlichen darin, alle vorliegenden Gesetzesentwürfe – die zuvor parteiintern beschlossen wurden – zu ratifizieren. Bislang hat der NVK noch nie eine Gesetzesvorlage zurückgewiesen. Bei der diesjährigen Sitzung handelt es sich um die letzte Tagung des 10. Volkskongresses; noch im Laufe dieses Jahres werden die Delegierten für die nächsten fünf Jahre in ihren jeweiligen 'Wahlkreisen' bestimmt.

Die Pekinger Führung ist in den letzten Jahren zusehends bemüht, die Tagungen möglichst demokratisch und offen erscheinen zu lassen, um das eigene Bild in den westlichen Medien positiv zu beeinflussen. Die diesjährige Sitzung gilt als "Seismograph" für den im Herbst anstehenden 17. Parteitag der KP Chinas, der nur alle fünf Jahre stattfindet und auf dem Staats- und Parteichef Hu Jintao aller Voraussicht nach seine Machtposition zu festigen versuchen wird.

Parallel zum NVK tagte wie gewöhnlich auch die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV), offiziell als beratendes Gremium anerkannt, das aber schon seit Jahrzehnten nur noch ein Schattendasein fristet.¹ Beide Organe, NVK und PKKCV, haben keine wirkliche legislative oder politische Macht. Alle Debatten über Gesetzesvorlagen werden vorab partei- bzw. führungsintern geführt. Dazu kommt noch, dass der Ständige Ausschuss des NVK, dem 155 Mitglieder angehören und der alle zwei Monate tagt, ebenfalls dazu ermächtigt ist, Gesetze zu erlassen. Ein Großteil der legislativen Tätigkeit ist mittlerweile auf den Ständigen Ausschuss übergegangen.

Wie in den Jahren zuvor wurde die Sitzung des NVK durch eine Grundsatzrede des Ministerpräsidenten Wen Jiabao eröffnet.² Darin zählte Wen zunächst die Erfolge der Regierungsarbeit während der letzten 12 Monate auf, um anschließend eingehend auf viele Probleme zu sprechen zu kommen, mit denen sich das Land in Zukunft auseinanderzusetzen hat. Im Vergleich zu den letzten Jahren hat Wen Jiabao jedoch kei-

¹ Vgl. Minnie Chan: "Robust forum reduced to a 'political flower vase'", in: *South China Morning Post* (SCMP), 15.3.2007, S. A4.

² Ausführlich dazu der Bericht des Länderbüros vom 6.3.2007.

ne neuen Themen aufs Tapet gebracht³. Verbesserter Umweltschutz, Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und der Infrastruktur vor allem in ländlichen Gegenden, Kontrolle des Wirtschaftswachstums (d.h. Vermeidung einer ökonomischen Überhitzung, vor der ein führender Wirtschaftsplaner der Regierung erst kürzlich wieder warnte⁴), Effizienzsteigerung beim Ressourcenverbrauch, Kampf gegen Korruption, Steigerung des Ansehens Chinas in der Welt durch die Förderung friedlicher Entwicklung auf internationaler Ebene, all diese Vorhaben dienen laut Wen der Errichtung einer 'harmonischen Gesellschaft' – darin besteht seit der Machtübernahme durch Staats- und Parteichef Hu Jintao im Jahre 2002 das erklärte Ziel der chinesischen Regierung.

Die Vorstellung der 'harmonischen Gesellschaft', die derzeit als das Idealbild einer 'sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Charakteristika' gilt, umfasst sowohl konkrete soziale Inhalte wie die Beseitigung der Armut und extremer Einkommensunterschiede als auch eine Reihe von Moralvorschriften, die u.a. zu einer patriotischen Gesinnung, Fleiß, Genügsamkeit, Sauberkeit, Ehrlichkeit und Freundlichkeit ermahnen (entsprechende Spruchbanner hängen an jeder Pekinger Straßenecke). Einen bestimmten Bereich spart die 'harmonische Gesellschaft' allerdings vorläufig aus: Schon im Vorfeld hatte Wen Jiabao deutlich gemacht, dass die Demokratisierung der chinesischen Politik noch auf sich warten lassen müsse – unter Umständen sei China erst in 100 Jahren soweit, schließlich befinde es sich noch im Anfangsstadium des Sozialismus.⁵

In den Bereichen Meinungs- und Pressefreiheit zeichnen sich dementsprechend keine Fortschritte ab; im Zuge des NVK wurde die offizielle Überwachung sogar noch verstärkt.⁶ Allein im Januar wurden acht Bücher unterschiedlicher Thematik verboten;⁷ die Palette reicht vom Erfahrungsbericht eines unabhängigen politischen Aktivisten bis hin zu Geschichtsbüchern und Romanen. Eine der betroffenen Autoren / Autorinnen richtete daraufhin einen Beschwerdebrief an den NVK und versuchte ihren Fall publik zu machen, was jedoch nicht gelang.⁸ Verlagsredakteure, die die

³ Vgl. dazu den Bericht des Länderbüros zur vierten Sitzung des 10. Nationalen Volkskongresses vom Mai 2006.

⁴ Cary Huang: "Top planner issues alert on soaring growth rate", in: SCMP, 8.3.2007.

⁵ So in einem von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua verbreiteten Artikel vom 26. Februar 2007.

⁶ Vgl. SCMP, 9.3.2007, S. A10.

⁷ Unter http://www.danwei.org/media_regulation/banned_books_zhang_yihe.php findet man eine komplette Übersicht. Letzter Zugriff 19.3.2007.

⁸ Vivian Wu: "Author appeals for end to censorship", in: SCMP, 14.3.2007.

Veröffentlichung der später verbotenen Bücher zu verantworten hatten, mussten wie zu Zeiten der Kulturrevolution schriftliche Schuldbekennnisse abliefern.⁹

Lediglich das Internet bietet immer noch Raum für nicht-konforme Kommentare. So veröffentlichten beispielsweise einige 'Netizens' recht respektlose Kommentare zu einem Bild, das mehrere Teilnehmer des Kongresses schlafend zeigt ("Wenn die sich immer so verhalten würden, dann wäre unsere Gesellschaft viel harmonischer").¹⁰ Um solche unliebsamen Äußerungen zu unterbinden, wurde von offizieller Seite bereits vor einiger Zeit vorgeschlagen, dass sich alle Internetnutzer in China zentral unter ihrem Klarnamen erfassen lassen müssen¹¹ (in der Stadt Chongqing ist dies sogar schon geschehen¹²). Offiziell soll diese Erfassung dazu dienen, den Internetkonsum von Jugendlichen besser kontrollieren zu können.

Blickpunkte

Gewohnheitsmäßig werden auf den Sitzungen des NVK Rechenschaftsberichte zu zahlreichen innen- und außenpolitischen Themen vorgelegt. Aus der Fülle von Fakten, Zahlen und Absichtserklärungen sollen im Folgenden nur ein paar besonders interessante Punkte herausgegriffen werden.

Der gesamte Staatshaushalt beläuft sich in diesem Jahr auf 4,4 Billionen Yuan¹³, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 15,7 Prozent entspricht. Der größte Einzelposten ist mit 347 Milliarden Yuan die Verteidigung – was einer Steigerung von 17,8 Prozent gleichkommt. Damit wird dieser Posten so stark angehoben wie seit fünf Jahren nicht mehr. Chinas Nachbarn, insbesondere Japan und Taiwan, aber auch die USA, haben angesichts dieser Entwicklung ihrer Besorgnis Ausdruck verliehen. Die chinesische Regierung reagierte darauf wie gewohnt mit den folgenden Argumenten: Man habe keine aggressiven Akte von China zu erwarten, da es einen friedlichen Aufstieg anstrebe; Chinas Verteidigungsetat mache noch nicht einmal ein Zehntel des amerikanischen aus (der sich auf 532 Milliarden US-Dollar belaufe); China werde seinen Militärapparat nur gegen Aggressoren einsetzen – wozu sowohl

⁹ Vivian Wu: "Book publishers wage a battle of wits with censors", in: SCMP, 13.3.2007.

¹⁰ Siehe <http://www.globalvoicesonline.org/2007/03/10/china-peoples-conferences/>, letzter Zugriff 12.3.2007.

¹¹ http://www.danwei.org/media_regulation/real_name_system.php, letzter Zugriff 12.3.2007.

¹² http://www.danwei.org/media_regulation/chongqing_to_require_all_net_u.php, letzter Zugriff 12.3.2007.

¹³ Ein Euro entspricht derzeit in etwa 9,9 Yuan. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass viele ausländische Beobachter vermuten, dass die offiziell von der chinesischen Regierung vorgelegten Angaben zum Haushalt unzuverlässig sind. Verschiedentlich ist zu lesen, dass beispielsweise der Militärposten tatsächlich zwei- bis dreimal höher ist.

muslimische Terroristen (z.B. in Xinjiang) als auch taiwanesischen Separatisten zählen. In einem Zeitungsartikel wurde darüber hinaus minutiös dargelegt, dass die Aufstockung des Verteidigungshaushaltes nicht der Anschaffung aggressiv einsetzbarer Waffensysteme diene, sondern den 2,3 Millionen Angehörigen der Volksbefreiungsarmee zugute kommen soll – und zwar in Form von massiven Erhöhungen der Gehälter und Pensionen. Derselbe Autor weist auch darauf hin, dass die Pro-Kopf-Ausgaben für das chinesische Militär mit 19.540 US-Dollar immer noch sehr moderat seien (zum Vergleich: USA: 383.000, England: 324.000, Japan: 175.000, Deutschland: 148.000).¹⁴

Die Wiedervereinigungs- und 'Ein-China'-Rhetorik fiel bei der diesjährigen Sitzung nicht aus dem Rahmen des Üblichen; das Thema Taiwan war im Kontext des diesjährigen Kongresses eher von marginaler Bedeutung. Die Aufstockung des Militäretats wurde international vielmehr in Bezug zu dem erfolgreichen Start einer chinesischen Antisatelliten-Rakete im Januar gesetzt. Wie ausländische Beobachter betonten, seien hier zwei Punkte bedenkenswert: Zum einen die Tatsache, dass China in seinem letzten vorgelegten *Weißbuch zur Verteidigung* vom November 2006 nicht mehr – wie früher üblich – gefordert hat, den Weltraum waffenfrei zu halten. Zum anderen das beunruhigende Phänomen, dass zwischen dem Abschuss des stillgelegten chinesischen Wettersatelliten und der offiziellen Stellungnahme der Regierung zu diesem Ereignis eine Zeitspanne von ganzen 12 Tagen lag. Dies könnte man als Anzeichen eines beginnenden Kontrollverlustes der zivilen über die militärische Führung deuten.¹⁵

Den mit Abstand größten Zuwachs hat das Ressort für Gesundheitswesen zu vermelden – allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus. Nach einer 87-prozentigen Mittelserhöhung darf es nun über etwa 96 Milliarden Yuan verfügen. Ein Sprecher der PKKCV kritisierte, dass China damit gerade einmal 2,7 Prozent seines BIP für das Gesundheitswesen ausbebe. Damit läge es selbst im Vergleich mit vielen anderen Entwicklungsländern weit zurück (Brasilien: 7,9; Indien: 6,1; Sambia: 5,8). In der Beurteilung durch die WHO schneide China ebenfalls sehr schlecht ab.¹⁶

Nach einer knapp 42-prozentigen Erhöhung verfügt das Ressort für Bildungswesen nun über 85 Milliarden Yuan. Die 20-prozentige Erhöhung der Ausgaben für Wissen-

¹⁴ Xu Guangyu: "What's behind increase in the military budget", in: *China Daily*, 15.3.2007.

¹⁵ Vgl. z.B. James Mulvenon: "Rogue Warriors? A Puzzled Look at the Chinese ASAT Text", in: *Chinese Leadership Monitor*, No. 20.

¹⁶ SCMP, 12.3.2007, S. A8.

schaft und Technik (88 Milliarden Yuan) unterstreichen zusätzlich, dass China sich in Zukunft noch intensiver um die akademische Bildung der nachwachsenden Generationen bemühen will, denn diese wird zunehmend als wichtiger Faktor im internationalen Wettbewerb gesehen. Allerdings liegt der Anteil der Bildungsausgaben damit immer noch knapp unter 3 Prozent des BIP – und das, obwohl die chinesische Führung schon 1993 anvisiert hatte, diesen Ausgabenposten möglichst schnell auf 4 Prozent anzuheben.¹⁷

Die Ausgaben für ländliche Entwicklung – einem angesichts der gravierenden Unterschiede zwischen den Lebensstandards ländlicher und städtischer Bevölkerung überaus wichtigen Posten – steigen um 15,3 Prozent und belaufen sich nun auf 391 Milliarden Yuan. Die Lage auf dem Land ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunft des Landes, den die Regierung unter keinen Umständen außer Acht lassen kann. Jedes Jahr ereignen sich unzählige Zwischenfälle bei teils gewaltsamen Protesten, in denen die Landbevölkerung ihren Unmut zum Ausdruck bringt. Auslöser für die meisten Demonstrationen sind dabei in der Regel 'kleine' Angelegenheiten von lokalem Interesse: So führte beispielsweise während der Tagung des NVK eine Erhöhung der Busfahrpreise in der Ortschaft Yongzhou (Provinz Hunan) zu schweren Ausschreitungen, bei denen sich ca. 20.000 Bauern Gefechte mit schwer bewaffneten Polizeieinheiten lieferten.¹⁸ Vorfälle wie dieser sind längst zur Regel geworden. Bisher hat sich aber kein organisierter Widerstand gegen den Staat bzw. die Partei gebildet, und die Führung versucht einer solchen Entwicklung durch die Verbesserung der sozialen Lage der Gesamtbevölkerung entgegenzuwirken.

Zum Abschluss der NVK-Tagung verkündete der Vorsitzende des Kongresses, Wu Bangguo, dass man im Laufe dieses Jahres noch eine ganze Reihe weiterer Gesetzesvorhaben diskutieren wolle, die Rahmenrichtlinien für Arbeitsverträge, Wohlfahrt, Nahrungsmittelsicherheit, Umwelt, Katastrophenhilfe und anderes festlegen würden.¹⁹ Zu diesem Komplex gehört auch die Bereitstellung einer möglichst flächendeckenden Altersvorsorge, ein Problem, das angesichts der ungünstigen Alterstruktur der chinesischen Gesellschaft (es droht eine zunehmende Überalterung) dringend in Angriff genommen werden muss (bisher scheint sich jedoch nur die PKKCV damit auseinanderzusetzen²⁰). Hinzu kommt, dass die chinesische Regierung ein wachsen-

¹⁷ Cary Huang: "Education spending will rise to 3pc of GDP", in: SCMP, 10.3.2007.

¹⁸ Ting Shi: "More troops drafted to restore order in Hunan", in: SCMP, 14.3.2007. Laut Augenzeugenberichten soll dabei ein Mensch getötet worden sein.

¹⁹ Zhu Zhe: "Legislation to focus on social issues", in: *China Daily*, 12.3.2007.

²⁰ Xie Chuanjiao: "Aging population a major challenge", in: *China Daily*, 12.3.2007.

des Heer von Arbeitslosen zu versorgen hat. In diesem Jahr wird die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden voraussichtlich auf 24 Millionen ansteigen (davon sechs Millionen mit Universitätsabschluss). 2006 hatte die Regierung unter Ausnutzung der guten Wirtschaftslage allerdings nur 11 Millionen Arbeitsplätze schaffen können, um die Lage zu verbessern.²¹

Zu den größten Problemen des Landes gehört weiterhin die grassierende Korruption. Der Generalstaatsanwalt und der Vorsitzende des Obersten Volksgerichtshofs (OVG) vermeldeten zwar, dass 23.733 korrupte Beamte im Laufe des vergangenen Jahres angezeigt und bestraft werden konnten (92 davon hatten Posten in Ministerien inne).²² Die beiden höchsten Justizbeamten des Landes gaben aber auch zu, dass die tatsächliche Zahl der Korruptionsfälle wohl weit höher liege und dass nicht zuletzt grundlegende Mängel im Justizsystem des Landes mitverantwortlich für das Korruptionsproblem seien. Beide kündigten an, gegen Parteilichkeit und mangelnde Professionalität seitens der Justizbeamten mit allen Mitteln vorgehen zu wollen.²³ Vielleicht waren diese überraschend offenen Aussagen ausschlaggebend dafür, dass die Jahresberichte des Generalstaatsanwalts und des OVG-Vorsitzenden mit einem erheblich besseren Abstimmungsergebnis angenommen wurden als in früheren Jahren.²⁴

Im Rahmen der Tagung wurden auch außenwirtschaftliche Fragen thematisiert. Häufigster Bezugspunkt war dabei die in letzter Zeit in den ausländischen Medien öfter zu vernehmende Kritik an Chinas wirtschaftlichen Aktivitäten in Afrika. Der chinesische Handelsminister Bo Xilai verwahrte sich gegen die Unterstellung, China betreibe auf dem schwarzen Kontinent 'Neokolonialismus'. Stattdessen sei China nichts weiter als ein guter Freund Afrikas. Die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Afrika seien weder gegen dieses selbst noch gegen Europa oder die USA gerichtet.²⁵ Bo Xilai nahm aber auch noch zu einem anderen Problem Stellung: Die teilweise abnorm hohen US-Zölle auf chinesische Waren schädeten Firmen auf beiden Seiten und gefährdeten die guten bilateralen Beziehungen. Ebenso wandte er sich gegen die ständigen Aufforderungen von amerikanischer Seite, die chinesische Währung aufzuwerten; dies widerspreche der Welthandelsordnung und sei ein Ausdruck

²¹ *China Daily* 14.3.2007; Josephine Ma: "Poor outlook for the unemployed", in: SCMP, 14.3.2007.

²² Shi Jiangtao: "Corruption war has not improved justice system", in: SCMP, 14.3.2007.

²³ Chow Chung-yan: "Court chief pledges to crack down on graft in judiciary", in: SCMP, 14.3.2007.

²⁴ *China Daily*, 14.3.2007.

²⁵ Cary Huang: "Africa 'neocolonialism jibe rejected', in: SCMP, 13.3.2007.

von Hegemoniestreben.²⁶ Ein weiterer Punkt, zu dem sich Bo Xilai äußerte, war der enorme Handelsüberschuss, den China nach wie vor erwirtschaftet (23,8 Milliarden US-Dollar allein im Februar) und der bei den Handelspartnern zunehmend für Verstimmung sorgt. Bo versprach, das Problem angehen zu wollen, nannte aber keine konkreten Schritte. Außerdem bemerkte er, dass sich dieses Problem nicht kurzfristig lösen lasse.²⁷ Angemahnt wurde – allerdings nur sehr verhalten – ein Überdenken der chinesischen Finanzpolitik. Reklamiert wurde in diesem Zusammenhang, dass die Währungsreserven mit inzwischen über einer Billion US-Dollar unnötig groß seien. Reserven in Höhe von 600 bis 700 Milliarden würden vollkommen zur Deckung der Handels- bzw. Kapitalbilanz ausreichen; der Rest solle möglichst gewinnbringend angelegt bzw. zurückgeschleust werden.

Zwei Gesetze von großer Wichtigkeit wurden in der diesjährigen NVK-Sitzung verabschiedet: Eines zum Eigentumsrecht und eines zur Neuordnung der Körperschaftssteuer.

Das Gesetz zum Eigentumsrecht

Die wohl wichtigste und auch umstrittenste Gesetzesvorlage in diesem Jahr befasste sich mit dem Eigentumsrecht. Das Gesetz – offiziell als Meilenstein für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung Chinas gefeiert – stellt u.a. den ersten Anlauf in der Geschichte der Volksrepublik dar, privates Eigentum juristisch zu definieren und zu schützen, d.h. es staatlichem Eigentum gleichzustellen. Seine wichtigsten Punkte umfassen:

1. Besserer Schutz von staatseigenen Besitztümern. Explizit heißt es in diesem Zusammenhang: "Illegaler Besitz, illegale Verteilung, Einbehaltung und Schädigung staatlichen Eigentums durch Körperschaften und Individuen sind streng verboten."
2. Schärfere Bestimmungen zum Transfer von Besitzrechten bzgl. Grund und Boden in ländlichen Gebieten.
3. Festlegung der Bedingungen, unter denen Häuser sowie Grund und Boden erstanden werden können. Dazu gehören auch genauere Kompensationsregeln für die Entschädigung von Grundbesitzern, die von Landenteignungen betroffen sind.

²⁶ Xu Binglan: "Export barriers 'disastrous to firms'", in: SCMP, 13.3.2007.

²⁷ Hong Guan: "'No short-term solutions to trade imbalance'", in: *China Daily*, 13.3.2007.

4. Ein wichtiger Unterschied zu früheren Fassungen des Gesetzes besteht in der Hinzufügung des Wortes "legal" in der Klausel: "Legal [erworbene] private Besitztümer sollen geschützt werden".

Diese vier Punkte enthalten einige versteckte Botschaften. Punkt 1 soll betonen, dass trotz der gesetzlichen Zusicherung des Schutzes von privatem Eigentum das staatliche Eigentum immer noch die tragende Rolle in der chinesischen Volkswirtschaft spielen soll. Die Punkte 2 und 3 reagieren direkt auf Missstände, die im Laufe der letzten Jahre immer wieder zu Unruhen bei der ländlichen Bevölkerung geführt haben: Vielfach wurden Felder oder bebaute Grundstücke von örtlichen Regierungs- bzw. Parteivertretern enteignet, ohne die Betroffenen angemessen zu entschädigen. Zusätzlichen Zorn erregte oft, dass die enteigneten Ländereien für private oder kommerzielle Zwecke benutzt wurden (Errichtung von Golfplätzen o.ä.). Punkt 4 ist ein an Deutlichkeit kaum zu überbietender Hinweis darauf, dass privates Eigentum in China offenbar nicht selten mit illegalen Mitteln erwirtschaftet wird. Diese Klausel ist anscheinend als Warnung gedacht.

Schon die Tatsache, dass erste Vorstufen des Gesetzesentwurfs bereits 1993 vorlagen und er seit 2002 sieben Lesungsrunden durchlaufen hat, zeigt die Wichtigkeit und Brisanz der Thematik. Noch bedeutsamer ist jedoch, dass die Diskussion um den Entwurf auch in den offiziellen Medien mit beachtlicher Direktheit geführt wurde. Dieses Phänomen ist jedoch nicht auf eine Lockerung der Medienkontrolle zurückzuführen, sondern darauf, dass Teile der Partei selbst gegen das Gesetz opponierten. Während weite Teile der Wirtschaft, insbesondere des Bankenwesens, die Verabschiedung begrüßten, warnte der linke Flügel der KPCh vor einer ideologischen Selbstzerstörung und einer einseitigen Bevorzugung der Reichen im Lande. Der Gesetzestext selbst mag diesen Eindruck nicht unbedingt erwecken; die Kritiker scheinen jedoch zu befürchten, dass die neuen Regelungen nur in solchen Fällen durchgesetzt werden, die entweder im Interesse der Volkswirtschaft oder der Oberschicht liegen. Die einfache Landbevölkerung habe sehr wahrscheinlich nach wie vor keine Möglichkeit, sich gegen die Machenschaften korrupter Kader zu wehren.²⁸ Alle Einsprüche haben jedoch letzten Endes nichts genutzt: Erwartungsgemäß wurde das Gesetz verabschiedet, und zwar mit einer überraschend eindeutigen Zustimmung: 2799 Abgeordnete stimmten zu, 37 enthielten sich, und gerade einmal 52 votierten dagegen.

²⁸ Jim Yardley: "China Nears Passage of Landmark Property Law", in: *New York Times*, 9.3.07; Richard McGregor: "Property Reform ignores Chinese Farmers", in: *Financial Times*, 8.3.07.

Objektiv betrachtet bringt das neue Eigentumsgesetz keine substantielle Neuerungen mit sich. Es bestätigt lediglich die Entwicklungstendenz, die China schon seit Jahren aufweist. Es unterstreicht, dass die chinesische Regierung in- und ausländischen Unternehmen sichere Rahmenbedingungen für ihre Geschäfte bieten will. Die symbolische Wirkung ist jedoch nicht zu unterschätzen, wie die teilweise heftigen Reaktionen seitens 'konservativer Sozialisten' erkennen lassen.

Das Gesetz zur Körperschaftssteuer

Von ähnlich hohem Symbolwert, aber längst nicht so umkämpft war der Entwurf des Gesetzes zur steuerlichen Gleichbehandlung von ausländischen und chinesischen Unternehmen. Bislang mussten chinesische Unternehmen eine Körperschaftssteuer von 33 Prozent entrichten; für ausländische Unternehmen lag diese in der Regel bedeutend niedriger (im Durchschnitt bei 15 Prozent). Ab Anfang nächsten Jahres wird sie für alle Unternehmen auf 25 Prozent festgelegt. Für bereits in China ansässige Firmen gilt dabei eine Übergangszeit, die bislang nicht klar definiert worden ist. Für kleine und mittelgroße Betriebe Chinas, Hongkongs, Macaos und Taiwans soll ebenfalls eine Ausnahme gemacht werden: Sie brauchen ab Januar 2008 zunächst nur eine Körperschaftssteuer von 20 Prozent zu entrichten, die dann pro Jahr um ein Prozent erhöht wird, so dass der nun gesetzlich festgelegte Standardsatz erst nach fünf Jahren erreicht wird. Problematisch ist hierbei, dass die Art der Betriebe, die unter die Ausnahmeregelung fallen sollen, nicht klar definiert wurde. Ein Hongkonger Beobachter hat daher seine Befürchtung geäußert, dass damit Bestechung und Betrügerei alle Türen offen stünden.²⁹

Die Steueranpassung ist wohl vor allem auf den jahrelangen Druck der inländischen Industrie zurückzuführen, die gleiche Bedingungen für alle Wettbewerber anstrebte. Genau so will die Regierung das neue Gesetz auch verstanden wissen. Kritische Beobachter merken jedoch zweierlei an: Zum einen wird sich das Steueraufkommen im nächsten Jahr aufgrund des neuen Gesetzes um etwa 93 Milliarden Yuan (ca. 9 Milliarden Euro) vermindern, da die höheren Abgaben ausländischer Unternehmen bei weitem von den Mindereinnahmen bei chinesischen Firmen übertroffen werden. Zum anderen aber schade die Angleichung der Attraktivität des chinesischen Wirtschaftsstandortes. Mit der steuerlichen Begünstigung falle ein entscheidender Anreiz für ausländische Firmen weg.³⁰ Trotz dieser Bedenken wurde das Gesetz mit einer ähn-

²⁹ SCMP, 10.3.2007, S. A1.

³⁰ SCMP, 9.3.2007, S. A9.

lich überwältigenden Mehrheit verabschiedet wie das Gesetz zum Eigentumsrecht (2826 Ja, 37 Nein, 22 Enthaltungen).

Zusammenfassung und Ausblick

Die diesjährige Sitzung des NVK brachte erwartungsgemäß keine umwälzenden Neuerungen mit sich. Die verabschiedeten Gesetze und der offiziell verkündete Staatshaushalt lassen die Zielsetzungen der chinesischen Regierung klar erkennen. Die Implementierung von Gesetzen allein ist jedoch, wie allgemein bekannt, noch längst keine Garantie für eine gewissenhafte Umsetzung derselben. Ob und inwieweit die chinesische Regierung bzw. die KPCh also imstande sein werden, die Probleme des Landes im Laufe des kommenden Jahres in Angriff zu nehmen, wird vor allem davon abhängen, bis zu welchem Grade sie die eigenen Reihen in den Griff bekommen. Unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Reformen ist eine effiziente, gut funktionierende Verwaltung, die im Interesse des Staates und des Volkes handelt. Die Führung des Landes wird daher mit Sicherheit (schon aus Gründen der Selbsterhaltung) alles versuchen, um zum Beispiel auch weiterhin die Korruption zu unterbinden. Zu diesem Zweck soll die Zentralregierung, die in den letzten Jahren zusehends an Einfluss gegenüber lokalen Regierungen verloren hat, wieder mehr Machtbefugnisse gegenüber den unteren Stellen in der Hierarchie erhalten.³¹

In der abschließenden Pressekonferenz betonte Premierminister Wen Jiabao (ähnlich wie in seiner Eröffnungsrede), dass seine Regierung sich weiterhin mit aller Kraft dem Wohl ihres Landes widmen werde. Insbesondere Verwaltungsangelegenheiten sollten verstärkt offen, gerecht transparent gestaltet werden. Schließlich forderte Wen auch das chinesische Volk zur Mithilfe bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie auf. Jeder sei willkommen, die Arbeit der Regierung zu überprüfen und zu kritisieren.³² Dass diese Aufforderung wirklich ernst gemeint ist, darf man wohl bezweifeln (gerade mit Blick auf den eingangs zitierten Ausspruch Wen Jiabaos; vgl. S. 3).³³ Die chinesische Regierung wird es sich aber in keinem Fall leisten können, die Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung zu ignorieren.

³¹ Barry Naughton: "The Assertive Center: Beijing Moves Against Local Government Control of Land", in: *China Leadership Monitor*, No. 20.

³² Zhao Huanxin: "Wen's Vision for China's bright future", in: *China Daily*, 17.3.2007.

³³ Der bereits erwähnte Artikel Wen Jiabaos (vgl. Fn. 5) summiert denn auch unter 'demokratischen Reformen' vor allem Dinge wie effiziente Verwaltung und wirtschaftlichen Fortschritt. Zu 'Demokratie mit chinesischen Charakteristika' vgl. den Länderbericht *Der 11. Fünf-Jahres-Plan und das Weißbuch zur Demokratie* vom Oktober 2005.